

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 30. November 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-08-0071

**Bekämpfung von Altersarmut
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 23.11.2011 -**

Viele Rentner_innen in Wiesbaden haben Anspruch auf ergänzende Grundsicherung, schämen sich jedoch, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Auch können unzureichend informierte Rentner_innen, u.a. mit Migrationshintergrund, Ansprüche auf zusätzliche Regelleistungen nicht geltend machen. Dieses kann Rentner_innen betreffen, die bereits eine Rente beziehen und Senior_innen, welche eine Rente neu beantragen müssen.

Der Ausschuss wird gebeten zu beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden prüft die Anzahl der Rentner_innen, die in Bedarfsgemeinschaften mit SGB-II-Berechtigten leben¹, die zusätzlich zu ihrer Rente Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem SGB XII haben und diesen Anspruch nicht nutzen. Diese Personen werden unverzüglich über die ihnen zustehenden Leistungen in Kenntnis gesetzt und es werden, wie im Gesetz vorgesehen, automatisch Leistungen angeboten und ggf. rückwirkend ab Kenntnis der Notlage erbracht.
2. Die Stadt Wiesbaden richtet eine Arbeitsgruppe „Armutsprävention bei Rentner_innen in der Landeshauptstadt Wiesbaden“ ein, welche die Aufgabe hat, den Anspruch von Senior_innen auf Grundsicherung und andere ergänzende Leistungen zur Rente umzusetzen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, darauf hin zu wirken, dass mögliche Anspruchsberechtigte nicht durch das soziale Netz fallen. Ein gezieltes Anschreiben der Anspruchsberechtigten ist Teil des Aufgabenbereichs.
3. Die Arbeitsgruppe arbeitet mit dem Seniorenbeirat, allen bestehenden Senior_innenverbänden und Rentner_innenberatungen in der LH Wiesbaden zusammen und informiert sowie dokumentiert notwendige Veränderungen für Senior_innen und setzt diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten um.
4. Die Arbeitsgruppe prüft eine Veränderung der Beratungsstrukturen auf Geh-Strukturen, die ein Hausbesuch bei Senior_innen für geschulte Beratende ermöglicht.
5. Die LH Wiesbaden evaluiert nach einem Jahr die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und legt einen Ergebnisbericht vor.

¹ Und deren Einkommensverhältnisse also dadurch zwangsläufig offen gelegt wurden.

Beschluss Nr. 0159

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Weinerth
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2011

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister